

Der Text dieser Fachstudien- und Prüfungsordnung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl ist ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt einsehbare Text.

**Studien- und Prüfungsordnung für den weiterbildenden  
Masterstudiengang „Human Rights“ an der Philosophi-  
schen Fakultät und Fachbereich Theologie der Friedrich-  
Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
- FPOHR-  
Vom 18. Juli 2014**

geändert durch Satzung vom  
4. Februar 2015

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2, Art. 43 Abs. 5 Satz 2, Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Erlangen-Nürnberg folgende Prüfungsordnung:

**Inhaltsverzeichnis**

§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Masterprüfung .....	2
§ 2 Studienprofil und Ziel des Studiums .....	2
§ 3 Regelstudienzeit, Sprache und Studienorganisation .....	2
§ 4 ECTS-Punkte.....	2
§ 5 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise .....	3
§ 6 Qualifikation zum Masterstudium.....	3
§ 7 Prüfungsfristen, Fristversäumnis .....	4
§ 8 Prüfungsausschuss .....	4
§ 9 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt .....	5
§ 10 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht .....	6
§ 11 Zugang zum Masterstudium .....	6
§ 12 Anerkennung von Kompetenzen .....	6
§ 13 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Ordnungsverstoß, Täuschung .....	7
§ 14 Anwesenheitspflicht .....	8
§ 15 Entzug akademischer Grade .....	8
§ 16 Mängel im Prüfungsverfahren.....	9
§ 17 schriftliche Prüfung .....	9
§ 17a Elektronische Prüfung.....	10
§ 18 Mündliche Prüfung.....	10
§ 19 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote .....	10
§ 20 Ungültigkeit der Prüfung .....	11
§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten .....	12
§ 22 Zeugnis.....	12
§ 23 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung.....	12
§ 24 Nachteilsausgleich.....	13
§ 25 Zulassung zu den Prüfungen.....	13

§ 26 Masterprüfung .....	13
§ 27 Masterarbeit.....	13
§ 28 Wiederholung von Prüfungen .....	15
§ 29 In-Kraft-Treten .....	16
Anlage 1: Studienverlaufsplan Master Human Rights .....	17
Anlage 2: Vergleichbarkeit der englischen Sprachkompetenz.....	19
Anlage 3: Qualifikationsfeststellungsverfahren .....	20
Anlage 4: Sondereignungsfeststellungsprüfung .....	23

### **§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Masterprüfung**

(1) Diese Prüfungsordnung regelt die studienbegleitenden und abschließenden Prüfungen des weiterbildenden Masterstudiengangs „Human Rights“ mit dem Abschlussziel „Master of Arts“ (abgekürzt M.A.).

(2) <sup>1</sup>Der M.A. Human Rights ist ein weiterer berufs- und forschungsqualifizierender Abschluss des Studiums. <sup>2</sup>Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

- vertiefte Kenntnisse der Grundlagen und wesentlicher Forschungsergebnisse im Bereich der internationalen Menschenrechte erworben haben,
- die Fähigkeit besitzen, nach wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu arbeiten, sowie diese weiterzuentwickeln und
- auf die Berufspraxis vorbereitet sind.

### **§ 2 Studienprofil und Ziel des Studiums**

<sup>1</sup>Der Studiengang bietet eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung im Bereich des internationalen Menschenrechtsschutzes zur Vorbereitung der Studierenden auf praktische Tätigkeiten in staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, den Medien und der Wirtschaft. <sup>2</sup>Der Studiengang vermittelt Kenntnisse und Fähigkeiten in den politischen, philosophischen und rechtlichen Grundlagen der internationalen Menschenrechte und bietet die Möglichkeit der Vertiefung in Spezialgebieten. <sup>3</sup>Der Studiengang ist international und interdisziplinär ausgerichtet und ermöglicht interkulturelle Kommunikation und interkulturelles Lernen seiner Studierenden.

### **§ 3 Regelstudienzeit, Sprache und Studienorganisation**

(1) Die Regelstudienzeit beträgt drei Semester.

(2) Die Lehrveranstaltungen und Prüfungen finden ausschließlich in englischer Sprache statt.

(3) <sup>1</sup>Das Masterstudium wird mit der Masterprüfung abgeschlossen. <sup>2</sup>Umfang und Gliederung des Masterstudiengangs Human Rights sowie Art und Umfang der Prüfungen bestimmen sich nach **Anlage 1**. <sup>3</sup>Die Zahl der zum erfolgreichen Abschluss erforderlichen ECTS-Punkte beträgt 90 ECTS-Punkte.

(4) Das Masterstudium kann nur zum Wintersemester begonnen werden.

### **§ 4 ECTS-Punkte**

(1) <sup>1</sup>Studium und Prüfungen beruhen auf dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). <sup>2</sup>Das Studiensemester ist mit 30 ECTS-Punkten veranschlagt. <sup>3</sup>Ein ECTS-Punkt entspricht einer Arbeitszeit von 30 Stunden.

(2) <sup>1</sup>ECTS-Punkte dienen als System zur Gliederung, Berechnung und Bescheinigung des Studienaufwandes. <sup>2</sup>Sie sind ein quantitatives Maß für die Arbeitsbelastung der Studierenden.

### **§ 5 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise**

(1) <sup>1</sup>Das Studium besteht aus Modulen, die mit ECTS-Punkten bewertet sind. <sup>2</sup>Ein Modul ist eine zeitlich zusammenhängende und in sich geschlossene abprüfbare Lehr- und Lerneinheit.

(2) <sup>1</sup>Die Module schließen mit einer studienbegleitenden Modulprüfung ab. <sup>2</sup>Diese Prüfung soll in der Regel aus einer Prüfungsleistung oder in einer Studienleistung bestehen. <sup>3</sup>In fachlich zu begründenden Ausnahmefällen kann diese Prüfung auch aus Teilprüfungen bzw. Prüfungsteilen bestehen (Portfolioprüfung). <sup>4</sup>Studienbegleitende Modulprüfungen sind solche, die während der Vorlesungszeit oder im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls durchgeführt werden. <sup>5</sup>Die Prüfungen mit Ausnahme von Hausarbeiten und mündlichen Prüfungen finden in der Regel innerhalb des achtwöchigen Prüfungszeitraums statt. <sup>6</sup>Der Prüfungszeitraum unterteilt sich in einen Abschnitt von zwei Wochen vor und zwei Wochen nach dem Vorlesungsende eines Semesters, in dem die Erstversuche abgelegt werden und in einen Abschnitt von zwei Wochen vor und zwei Wochen nach dem Vorlesungsbeginn des Folgesemesters, in dem die Wiederholungsprüfungen stattfinden.

(3) <sup>1</sup>Prüfungs- und Studienleistungen (Prüfungen) messen den Erfolg der Studierenden. <sup>2</sup>Prüfungsleistungen werden benotet. <sup>3</sup>Bei Studienleistungen kann sich die Feststellung auf das Bestehen oder Nicht-Bestehen beschränken.

(4) <sup>1</sup>Die Teilnahme an Modulprüfungen (Abs. 2 Satz 1) setzt die Immatrikulation im Masterstudiengang Human Rights an der Universität Erlangen-Nürnberg voraus. <sup>2</sup>ECTS-Punkte werden nur für Leistungen, die mit der Note „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet werden, vergeben.

### **§ 6 Qualifikation zum Masterstudium**

(1) <sup>1</sup>Die Qualifikation für den Weiterbildungsmasterstudiengang M.A. Human Rights wird nachgewiesen durch:

1. den Abschluss eines Hochschulstudiums oder einen sonstigen gleichwertigen in- oder ausländischen Abschluss im Umfang von in der Regel 210 ECTS-Punkten, mindestens jedoch 180 ECTS-Punkten, in der Regel aus den Fachbereichen der Rechtswissenschaften, Sozialwissenschaften, Humanwissenschaften oder Geisteswissenschaften,
2. eine mindestens einjährige qualifizierte berufspraktische Erfahrung in einschlägigen Betätigungsfeldern oder eine gleichwertige Tätigkeit in einer maßgeblichen Funktion einer menschenrechtlich ausgerichteten Organisation,
3. Englischkenntnisse auf dem Niveau der Stufe C 1 des europäischen Referenzrahmens oder vergleichbare Kenntnisse der englischen Sprache gemäß **Anlage 2**,
4. das Bestehen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens gemäß **Anlage 3**, und
5. das Bestehen der Sondereignungsfeststellungsprüfung gemäß **Anlage 4** im Falle eines Hochschulabschlusses im Umfang von 180 ECTS-Punkten gemäß Nr. 1.

<sup>2</sup>Für die Feststellung der Anerkennungsfähigkeit von in- und ausländischen Abschlüssen gilt Art. 63 BayHSchG.

(2) Die Zugangskommission kann den Zugang unter der Bedingung aussprechen, dass zusätzliche von der Zugangskommission festzulegende Leistungen im Umfang von bis zu maximal 20 ECTS-Punkten spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Masterstudiums nachzuweisen sind.

(3) <sup>1</sup>Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 können Bewerberinnen und Bewerber unter dem Vorbehalt zum Masterstudium zugelassen werden, dass der Nachweis über die in Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 genannten Englischkenntnisse bis zu einem einheitlichen, von der Zugangskommission bestimmten Zeitpunkt, spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Studiums, nachgereicht wird. <sup>2</sup>Die förmliche Aufnahme des Masterstudiums setzt den Nachweis der Englischkenntnisse voraus.

### **§ 7 Prüfungsfristen, Fristversäumnis**

(1) <sup>1</sup>Die Prüfungen sind ordnungsgemäß so rechtzeitig abzulegen, dass in der Masterprüfung bis zum Ende des Regeltermins 90 ECTS-Punkte erworben werden. <sup>2</sup>Regeltermin ist das letzte Semester der Regelstudienzeit. <sup>3</sup>Der Regeltermin nach Satz 2 darf in der Masterprüfung um ein Semester überschritten werden (Überschreitungsfrist). <sup>4</sup>Die jeweilige Prüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn nicht innerhalb der Überschreitungsfrist 90 ECTS-Punkte aus den Modulen des Masterstudiums erworben wurden, es sei denn, die bzw. der Studierende hat die Gründe hierfür nicht zu vertreten.

(2) Die Frist nach Abs. 1 verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Gesetzes zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz – MuSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318) in der jeweils geltenden Fassung sowie entsprechend den Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) <sup>1</sup>Die Gründe nach den Abs. 1 und 2 müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung zum nächstmöglichen Termin abzulegen; bereits vorliegende Prüfungs- oder Studienleistungen werden angerechnet. <sup>3</sup>Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden; in Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

### **§ 8 Prüfungsausschuss**

(1) <sup>1</sup>Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. <sup>2</sup>Dem Prüfungsausschuss gehören drei Mitglieder an. <sup>3</sup>Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie im Benehmen mit dem Fachbereich Rechtswissenschaft für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. <sup>4</sup>Dabei ist darauf zu achten, dass die im Studiengang vertretenen Disziplinen (Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Philosophie) angemessen vertreten sind. <sup>5</sup>Wählbar sind alle der Universität Erlangen-Nürnberg hauptberuflich angehörenden Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss bestimmt ein Mitglied für drei Jahre zu der bzw. dem Vorsitzenden und regelt die Vertretung. <sup>6</sup>Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann ihr bzw. ihm oder dem Prüfungsausschuss obliegende Aufgaben einem Mitglied des Prüfungsausschusses zur Erledigung übertragen.

(2) <sup>1</sup>Dem Prüfungsausschuss obliegt die Durchführung der Prüfungsverfahren im Be-  
nehmen mit dem Prüfungsamt, insbesondere die Planung und Organisation der Prü-  
fungen. <sup>2</sup>Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehal-  
ten werden. <sup>3</sup>Er trifft, mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung  
als Aufgabe der Prüfenden, alle anfallenden Entscheidungen, soweit sie nicht an das  
Prüfungsamt oder die Prüfungsbeauftragten delegiert sind. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss  
überprüft auf Antrag delegierte Entscheidungen sowie die Bewertungen von Prüfun-  
gen auf ihre Rechtmäßigkeit. <sup>5</sup>Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über die  
Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten, auch unter geschlechtsspezifischen  
Aspekten, und gibt gegebenenfalls Anregungen zu Änderungen der Prüfungsord-  
nung; vor einer Änderung ist er zu hören. <sup>6</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses  
haben das Recht auf Anwesenheit bei der Abnahme der Prüfungen.

(3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich  
unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die  
Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. <sup>2</sup>Er beschließt mit der  
Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. <sup>3</sup>Stimmenthaltung, geheime Ab-  
stimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. <sup>4</sup>Bei Stimmengleichheit  
gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) <sup>1</sup>Die bzw. der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein.  
<sup>2</sup>Sie bzw. er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Ent-  
scheidungen allein zu treffen. <sup>3</sup>Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich in  
Kenntnis zu setzen. <sup>4</sup>Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts an-  
deres bestimmt, der Prüfungsausschuss der bzw. dem Vorsitzenden die Erledigung  
einzelner Aufgaben widerruflich übertragen.

(5) <sup>1</sup>Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten  
beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit  
einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>2</sup>Der bzw. dem Studierenden ist vor ab-  
lehrenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. <sup>3</sup>Aufgrund eines  
Beschlusses des Prüfungsausschusses können Notenbescheide jeder bzw. jedem  
Einzelnen in elektronischer Form bekannt gegeben werden. <sup>4</sup>Widerspruchsbescheide  
erlässt die Präsidentin bzw. der Präsident, in fachlich-prüfungsrechtlichen Fragen im  
Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss und nach Anhörung der zuständigen  
Prüfenden.

## **§ 9 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt**

(1) <sup>1</sup>Spätestens eine Woche vor Vorlesungsbeginn jedes Semesters werden Art und  
Umfang der Prüfungen sowie die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten ortsüb-  
lich bekannt gemacht. <sup>2</sup>Die Termine der Prüfungen und die Prüfenden werden recht-  
zeitig ortsüblich bekannt gegeben.

(2) <sup>1</sup>Die Studierenden melden sich zu den einzelnen Modulprüfungen nach Beginn  
der Vorlesungszeit an. <sup>2</sup>Die Teilnahme an der Prüfung kann von der regelmäßigen  
Teilnahme an der Lehrveranstaltung abhängig gemacht werden.

(3) <sup>1</sup>Unbeschadet der Fristen nach §§ 7, 28 ist bis zum Ende des dritten Werktages  
vor dem Prüfungstag ein Rücktritt von schriftlichen und mündlichen Prüfungen ohne

Angabe von Gründen gegenüber der bzw. dem Prüfenden zulässig; als Werktage gelten die Tage von Montag bis einschließlich Freitag. <sup>2</sup>Die Folgen eines verspäteten oder unwirksamen Rücktritts richten sich nach § 13 Abs. 1.

### **§ 10 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht**

(1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und Gutachterinnen bzw. Gutachter. <sup>2</sup>Zu Prüfenden und Gutachterinnen bzw. Gutachtern können alle nach dem BayHSchG, dem BayHSchPG und der BayHSchPrüferV in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Prüfungen Berechtigten bestellt werden. <sup>3</sup>Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel in der Person der bzw. des Prüfenden ist zulässig. <sup>4</sup>Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt ihre bzw. seine Prüfungsberechtigung in der Regel bis zu einem Jahr erhalten.

(2) <sup>1</sup>Zur Beisitzerin bzw. zum Beisitzer kann bestellt werden, wer das entsprechende oder ein verwandtes Fachstudium erfolgreich abgeschlossen hat. <sup>2</sup>Die Beisitzerin bzw. der Beisitzer soll hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. hauptberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter sein.

(3) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.

(4) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

### **§ 11 Zugang zum Masterstudium**

(1) <sup>1</sup>Die Prüfung der Qualifikations- und Zugangsvoraussetzungen zum Masterstudium obliegt der Zugangskommission. <sup>2</sup>Die Zugangskommission bedient sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben des Masterbüros.

(2) <sup>1</sup>Die Zugangskommission besteht mindestens aus einer Professorin bzw. einem Professor als der bzw. dem Vorsitzenden sowie einer bzw. einem weiteren Prüfungsberechtigten im Studiengang. <sup>2</sup>Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie bestellt die Mitglieder auf Vorschlag der Departmentsprecherin bzw. des Departmentsprechers im Benehmen mit dem Fachbereich Rechtswissenschaften für eine Amtszeit von zwei Jahren und regelt die Vertretung; Wiederbestellung ist möglich. <sup>3</sup>§ 8 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 gelten entsprechend.

### **§ 12 Anerkennung von Kompetenzen**

(1) <sup>1</sup>Studienzeiten, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an einer ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, werden bei einem Studium nach dieser Prüfungsordnung anerkannt, außer es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen. <sup>2</sup>Gleiches gilt für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in

Bayern im Rahmen von sonstigen Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 1 und 2 BayHSchG, in speziellen Studienangeboten nach Art. 47 Abs. 3 Satz 1 BayHSchG oder an der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht worden sind.

(2) <sup>1</sup>Kompetenzen, die im Rahmen einer einschlägigen, erfolgreich abgeschlossenen Berufs- oder Schulausbildung, sonstiger weiterbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 BayHSchG oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, können anerkannt werden, soweit die festgestellten Kompetenzen gleichwertig sind. <sup>2</sup>Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.

(3) <sup>1</sup>Die Noten anerkannter Module, Prüfungen und Studienleistungen werden übernommen, wenn sie entsprechend § 19 gebildet wurden. <sup>2</sup>Stimmt das Notensystem an der Universität oder an gleichgestellten Hochschulen erbrachter und von der FAU Erlangen-Nürnberg angerechneter Prüfungen mit dem Notensystem des § 19 nicht überein, werden die Noten der anderen Hochschulen in der Regel nach der Formel

$$x = 1 + 3 (N_{\max} - N_d) / (N_{\max} - N_{\min}) \text{ mit}$$

x = gesuchte Umrechnungsnote

N<sub>max</sub> = beste erzielbare Note

N<sub>min</sub> = unterste Bestehensnote

N<sub>d</sub> = erzielte Note

umgerechnet. <sup>3</sup>Bei den so berechneten Noten wird nur eine Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. <sup>4</sup>Ist die Umrechnung nicht möglich, so legt der Prüfungsausschuss in der Regel einen entsprechenden Schlüssel für die Notenberechnung fest.

(4) <sup>1</sup>Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. <sup>2</sup>Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 und 2 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. <sup>3</sup>Die Entscheidung trifft die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag der bzw. des Studierenden nach Anhörung der bzw. des vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin bzw. Fachvertreters. <sup>4</sup>Die Entscheidung ergeht schriftlich.

### **§ 13 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Ordnungsverstoß, Täuschung**

(1) <sup>1</sup>Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die bzw. der Studierende von einem Prüfungstermin nach dem Ablauf der Rücktrittsfrist (§ 9 Abs. 3) ohne triftige Gründe zurücktritt; § 7 Abs. 3 bleibt unberührt. <sup>2</sup>Die für den Rücktritt oder die Verspätung geltend gemachten Gründe nach Satz 1 müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>3</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird ein neuer Termin anberaumt. <sup>4</sup>In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

(2) <sup>1</sup>Bei einem Täuschungsversuch oder dem Versuch, das Ergebnis einer Prüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. <sup>2</sup>Als Versuch i. S. d. Satz 1 gilt bereits der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel während oder nach Ausgabe der Prüfungsunterlagen. <sup>3</sup>Das Prüfungsamt führt ein Verzeichnis der Prüflinge, die wegen Täuschung eine Prüfung nicht bestanden haben; der Prüfungsausschuss kann im Falle einer wiederholten schweren Täuschung das Ergebnis der Prüfung als "endgültig nicht bestanden" festsetzen. <sup>4</sup>Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer

Prüfung stört, kann von der jeweiligen prüfungsberechtigten Person oder der bzw. dem Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. <sup>5</sup>Die Sätze 1 bis 4 gelten für Studienleistungen entsprechend.

(3) Die Entscheidung über den Ausschluss von der weiteren Teilnahme an der Prüfung trifft der Prüfungsausschuss.

### **§ 14 Anwesenheitspflicht**

(1) <sup>1</sup>Für entsprechend in der jeweiligen Modulbeschreibung gekennzeichnete Lehrveranstaltungen, in denen das Qualifikationsziel nicht anders als über die regelmäßige Teilnahme erreicht werden kann, kann als Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung eine Anwesenheitspflicht vorgesehen werden. <sup>2</sup>Eine Teilnahmeverpflichtung ist dann zulässig, wenn die Anwesenheit der bzw. des Einzelnen für den fachspezifischen Kompetenzerwerb aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist, der fachspezifische Kompetenzerwerb der bzw. des Einzelnen von der Anwesenheit der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer abhängt, nur durch die Anwesenheit an einem bestimmten Ort erreicht werden kann oder zur Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist.

(2) <sup>1</sup>Die Teilnahme ist dann regelmäßig, wenn in einer Lehrveranstaltung nicht mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt werden. <sup>2</sup>Werden zwischen mehr als 15 v. H. bis höchstens 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, kann die bzw. der Lehrende der bzw. dem Studierenden anbieten, eine zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistung zu erbringen; werden in diesem Fall keine Ersatzleistungen angeboten oder angebotene Ersatzleistungen von der bzw. dem Studierenden nicht erfüllt, so ist die Teilnahme nicht regelmäßig. <sup>3</sup>Werden insgesamt mehr als 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, ist die Lehrveranstaltung erneut zu belegen. <sup>4</sup>Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(3) <sup>1</sup>Im Rahmen von Exkursionen, Praktika und Blockseminaren ist abweichend von Abs. 2 die Teilnahme nur dann regelmäßig, wenn alle Unterrichtseinheiten besucht wurden. <sup>2</sup>Für glaubhaft gemachte, nicht von der bzw. dem Studierenden zu vertretende Fehlzeiten im Umfang von bis zu 15 v. H. der Unterrichtszeit sind der bzw. dem Studierenden zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme angemessene kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistungen anzubieten. <sup>3</sup>Werden mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, so ist die Veranstaltung erneut zu belegen. <sup>4</sup>Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(4) Die Anwesenheit wird in den jeweiligen Lehrveranstaltungen mittels einer Teilnahmeliste, in die die bzw. der Studierende ihren bzw. seinen eigenen Namen samt Unterschrift einträgt, oder auf vergleichbare Weise festgestellt.

### **§ 15 Entzug akademischer Grade**

Der Entzug des akademischen Grades richtet sich nach Art. 69 BayHSchG.



## **§ 16 Mängel im Prüfungsverfahren**

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, kann auf Antrag einer bzw. eines Studierenden angeordnet werden, dass von einer bzw. einem bestimmten oder von allen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

## **§ 17 Schriftliche Prüfung**

(1) In der schriftlichen Prüfung (Klausur, Haus- oder Seminararbeit) sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln Zusammenhänge des Faches darstellen und Probleme mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen, sowie Wege zur Lösung finden können.

(2) <sup>1</sup>Schriftliche Prüfungen werden grundsätzlich von einer bzw. einem Prüfenden bewertet. <sup>2</sup>Wird die schriftliche Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet, so ist sie von einer bzw. einem zweiten Prüfenden zu bewerten. <sup>3</sup>Die Arbeit ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen zu bewerten. <sup>4</sup>Bei unterschiedlicher Bewertung werden die Noten gemittelt; § 19 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Klausuren können vollständig oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden (Single- oder Multiple-Choice-Prüfungen). <sup>2</sup>Näheres dazu, in welchen Modulen Klausuren im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, regelt das Modulhandbuch. <sup>3</sup>Die bzw. der zu Prüfende hat anzugeben, welche der mit den Aufgaben vorgelegten Antworten sie bzw. er für zutreffend hält. <sup>4</sup>Die Prüfungsaufgaben müssen zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. <sup>5</sup>Bei der Aufstellung der Prüfungsaufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. <sup>6</sup>Falls die Frage Mehrfachantworten verbietet, sind Mehrfachantworten unzulässig und werden nicht gewertet. <sup>7</sup>Die Prüfungsaufgaben sind durch mindestens zwei Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller vor der Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu überprüfen, ob sie gemessen an den Anforderungen des Satzes 4 fehlerhaft sind. <sup>8</sup>Ergibt diese Überprüfung, dass einzelne Prüfungsaufgaben fehlerhaft sind, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen; es ist von der verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. <sup>9</sup>Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil einer bzw. eines zu Prüfenden auswirken. <sup>10</sup>Über die jeweilige Aufgabe hinaus dürfen keine Minuspunkte vergeben werden.

(4) <sup>1</sup>Prüfungen nach Abs. 3 Satz 1 gelten als bestanden, wenn

1. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 60 Prozent der gestellten Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet hat oder

2. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 50 Prozent der gestellten Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet hat und die Zahl der von der bzw. dem zu Prüfenden zutreffend beantworteten Fragen bzw. der zu erzielenden Punkte um nicht mehr als 17 Prozent die durchschnittlichen Prüfungs-

leistungen der zu Prüfenden unterschreitet, die erstmals an der entsprechenden Prüfung teilgenommen haben.

<sup>2</sup>Wird Satz 1 Nr. 2 angewendet, ist die Studiendekanin oder der Studiendekan zu unterrichten.

(5) Bei schriftlichen Prüfungen, die nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, gelten die Abs. 3 und 4 nur für diesen Teil.

### **§ 17 a Elektronische Prüfung**

<sup>1</sup>Prüfungen können in elektronischer Form abgenommen werden. <sup>2</sup>Näheres dazu, in welchen Modulen Prüfungen in elektronischer Form abgenommen werden, regelt das Modulhandbuch. <sup>3</sup>Elektronische Prüfungen (E-Prüfungen) sind Prüfungsverfahren deren Durchführung und Auswertung durch computergestützte bzw. digitale Medien erfolgen. <sup>4</sup>Die Authentizität und die Integrität der Prüfungsergebnisse sind sicherzustellen. <sup>5</sup>Eine automatisiert erstellte Bewertung einer Prüfungsleistung soll auf Antrag der bzw. des betroffenen Studierenden von einer bzw. einem Prüfenden, im Fall einer nicht bestandenen Prüfung von zwei Prüfenden, überprüft werden.

### **§ 18 Mündliche Prüfung**

(1) <sup>1</sup>In den mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. <sup>2</sup>Mündliche Prüfungen werden in der Regel von einer bzw. einem Prüfenden in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin bzw. eines sachkundigen Beisitzers durchgeführt, die bzw. der von der bzw. dem Prüfenden bestellt wird

(2) <sup>1</sup>In der mündlichen Prüfung vor mehreren prüfungsberechtigten Personen setzt jede und jeder Prüfende die Note nach § 19 fest. <sup>2</sup>Bei unterschiedlicher Bewertung werden die Noten gemittelt; § 19 Abs. 1 Satz 7 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen der bzw. des Prüfenden, der Beisitzerin bzw. des Beisitzers und der bzw. des Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. <sup>2</sup>Die Wiedergabe von Prüfungsfragen und Antworten ist nicht erforderlich. <sup>3</sup>Das Protokoll wird von den prüfungsberechtigten Personen und der Beisitzerin bzw. dem Beisitzer unterzeichnet. <sup>4</sup>Das Protokoll ist bei den Prüfungsakten mindestens zwei Jahre aufzubewahren. <sup>5</sup>Das Ergebnis der mündlichen Prüfung ist der bzw. dem Studierenden jeweils im Anschluss daran bekannt zu geben.

(4) <sup>1</sup>Zu mündlichen Prüfungen werden Studierende, die sich der gleichen Prüfung während eines der nachfolgenden Prüfungszeiträume unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer zugelassen; auf Verlangen der Prüfungskandidatinnen bzw. -kandidaten werden Zuhörerinnen bzw. Zuhörer ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

### **§ 19 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote**

(1) <sup>1</sup>Die Urteile über die einzelnen Prüfungen werden von der bzw. dem jeweiligen Prüfenden durch folgende Prädikate und Notenstufen ausgedrückt:

sehr gut	= 1,0 oder 1,3	= eine hervorragende Leistung;
gut	= 1,7 oder 2,0 oder 2,3	= eine Leistung, die erheblich über den Anforderungen liegt;
befriedigend	= 2,7 oder 3,0 oder 3,3	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
ausreichend	= 3,7 oder 4,0	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;
nicht ausreichend	= 4,3 oder 4,7 oder 5,0	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

<sup>2</sup>Weitere Notenstufen sind nicht zulässig. <sup>3</sup>Eine Prüfung ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ bewertet ist. <sup>4</sup>Bei unbenoteten Prüfungen lautet die Bewertung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bzw. „erfolgreich teilgenommen“ oder „nicht erfolgreich teilgenommen“. <sup>5</sup>Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Teilleistungen bestanden sind. <sup>6</sup>Ist eine Prüfung von mehreren Prüfenden zu bewerten oder besteht sie aus mehreren Teilleistungen, so ergibt sich die Note aus dem ggf. gewichteten Mittel der Einzelnoten. <sup>7</sup>Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung.

(2) <sup>1</sup>Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren sind wie folgt zu bewerten:

<sup>2</sup>Wer die für das Bestehen der Prüfung nach § 17 Abs. 4 Satz 1 erforderliche Mindestzahl zutreffend beantworteter Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte erreicht, erhält die Note

1,0 ("sehr gut"), wenn mindestens 75 Prozent,

2,0 ("gut"), wenn mindestens 50, aber weniger als 75 Prozent,

3,0 ("befriedigend"), wenn mindestens 25, aber weniger als 50 Prozent,

4,0 ("ausreichend"), wenn keine oder weniger als 25 Prozent

der darüber hinaus gestellten Prüfungsfragen bzw. zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet bzw. erreicht wurden. <sup>3</sup>Die Noten können entsprechend dem prozentualen Anteil um 0,3 erhöht oder erniedrigt werden; die Note 0,7 ist dabei ausgeschlossen.

<sup>4</sup>Wer nicht die erforderliche Mindestzahl erreicht, erhält die Note 5,0.

<sup>5</sup>Abweichend von Satz 3 können in den Fällen, in denen die Prüfung gemäß § 17 Abs. 5 teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt wird, die Noten 4,3 und 4,7 festgesetzt werden.

(3) <sup>1</sup>Die Gesamtnote der Masterprüfung lautet:

bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5 = sehr gut;

bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5 = gut;

bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5 = befriedigend;

bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0 = ausreichend.

<sup>2</sup>Die Gesamtnote der Masterprüfung errechnet sich als nach den Leistungspunkten gewichtetes arithmetisches Mittel der Modulnoten und der Masterarbeit. <sup>3</sup>Bei der Ermittlung der Note werden zwei Stellen nach dem Komma berücksichtigt; die weiteren Stellen entfallen ohne Rundung.

## § 20 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Urkunde bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Täuschung vorsätzlich erfolgte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushängung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

(3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) <sup>1</sup>Die unrichtige Urkunde wird eingezogen; es wird ggf. eine neue Urkunde ausgestellt. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Abs. 1 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Ausstellungsdatum der Urkunde ausgeschlossen.

### **§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten**

(1) Nach Abschluss der einzelnen Prüfungsverfahren erhält die bzw. der Studierende auf Antrag Einsicht in ihre bzw. seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und die Prüfungsprotokolle.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag ist binnen eines Monats nach Notenbekanntgabe bei der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. <sup>2</sup>Wer ohne eigenes Verschulden verhindert war, diese Frist einzuhalten, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 32 BayVwVfG in der jeweils geltenden Fassung beantragen. <sup>3</sup>Das Prüfungsamt bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

### **§ 22 Zeugnis**

(1) Über die bestandene Gesamtprüfung werden möglichst innerhalb von vier Wochen nach endgültiger Bewertung der letzten Prüfungsleistung ein von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnetes Zeugnis, ein Transcript of Records sowie ein Diploma Supplement und eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades ausgestellt.

(2) <sup>1</sup>Das Zeugnis enthält die Module und Modulnoten, die Note der Masterarbeit mit- samt Thema und Namen der Betreuerin bzw. des Betreuers sowie die Gesamtnote der Masterprüfung. <sup>2</sup>Das Transcript of Records führt alle besuchten Module auf; das Zeugnis und das Transcript of Records können in einer Urkunde zusammengefasst werden. <sup>3</sup>Das Diploma Supplement enthält weitere Angaben zur Qualifikation der Absolventin bzw. des Absolventen. <sup>4</sup>Das Transcript of Records und das Diploma Supplement werden in englischer und deutscher Sprache ausgestellt; in beiden Dokumenten wird auf den weiterbildenden Charakter des Studiengangs hingewiesen. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss legt die Gestaltung des Diploma Supplements fest. <sup>6</sup>Informationen, die dem Prüfungsamt noch nicht vorliegen, müssen dort spätestens bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Studiengangs einschließlich entsprechender Nachweise vorgelegt werden; andernfalls können sie in den Dokumenten nach Abs. 1 nicht mehr berücksichtigt werden.

### **§ 23 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung**

Wer die Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung, die in den einzelnen Modulprüfungen erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

## § 24 Nachteilsausgleich

(1) <sup>1</sup>Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestattet, den Nachteil durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens auszugleichen.

(2) Entsprechende, ihrer Situation angemessene Möglichkeiten sind Schwangeren zu eröffnen, wenn die betroffenen Studierenden bei dem zuständigen Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin einen entsprechenden Antrag stellen und eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, dass sie sich zum Prüfungstermin mindestens in der 30. Schwangerschaftswoche befinden werden.

(3) <sup>1</sup>Entscheidungen nach Abs. 1 und 2 werden nur auf schriftlichen Antrag hin von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses getroffen. <sup>2</sup>Anträge auf Nachteilsausgleich sind spätestens vier Wochen vor der Anmeldung zur Prüfung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu stellen.

## § 25 Zulassung zu den Prüfungen

<sup>1</sup>Wer im Masterstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Masterprüfung und den Modulprüfungen, aus denen die Masterprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. <sup>2</sup>Bestehen Wahlmöglichkeiten zwischen den für die Masterprüfung nachzuweisenden Modulen, werden die Studierenden jeweils nur für ein Modul zugelassen, das sie durch Anmeldung zur Prüfung bindend wählen. <sup>3</sup>Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. in der **Anlage 1** vorgeschriebene Voraussetzungen und Nachweise endgültig nicht oder nicht fristgemäß erfüllt werden,
2. die Diplom- oder Masterprüfung im inhaltlich vergleichbaren Studiengang endgültig nicht bestanden ist, oder
3. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

## § 26 Masterprüfung

(1) <sup>1</sup>Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitend zu erbringenden Prüfungen einschließlich des Moduls Masterarbeit. <sup>3</sup>Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen und das Modul Masterarbeit bestanden sind.

(2) <sup>1</sup>Gegenstände, Art und Umfang der Masterprüfung sind der **Anlage 1** zu entnehmen.

## § 27 Masterarbeit

(1) <sup>1</sup>Die Masterarbeit soll nachweisen, dass die Studierenden im Stande sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Fragestellung selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. <sup>2</sup>Die Arbeit wird mit 30 ECTS-Punkten gewertet. <sup>3</sup>Sie kann aus einer Seminararbeit hervorgehen.

(2) <sup>1</sup>Die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe der Arbeit soll sechs Monate nicht überschreiten; das Thema ist so zu stellen, dass es innerhalb der Frist bearbei-

tet werden kann. <sup>2</sup>Die Arbeitszeit kann nur in begründeten Ausnahmefällen um maximal zwei Monate verlängert werden. <sup>3</sup>Weist die bzw. der Studierende durch ärztliches Attest nach, dass sie bzw. er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert war, ruht die Bearbeitungsfrist.

(3) Die Masterarbeit wird in der Regel von der Betreuerin bzw. dem Betreuer und von einer weiteren Gutachterin bzw. einem weiteren Gutachter, die bzw. der von der Betreuerin bzw. dem Betreuer vorgeschlagen wird, beurteilt.

(4) <sup>1</sup>Zur Vergabe der Masterarbeit sind die an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie oder dem Fachbereich Rechtswissenschaften hauptberuflich tätigen Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer (Betreuer) berechtigt; der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen gestatten. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann auch die Anfertigung der Masterarbeit in einer Einrichtung außerhalb der Universität gestatten, wenn dort die Betreuung gesichert ist.

(5) <sup>1</sup>Sobald die Studierenden die Voraussetzungen erfüllen, sorgen sie dafür, dass sie ein Thema für die Masterarbeit erhalten. <sup>2</sup>Gelingt es den Studierenden nicht, ein Thema zu erhalten, weist ihnen die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit einer Fachvertreterin bzw. einem Fachvertreter auf Antrag ein Thema und eine Betreuerin bzw. einen Betreuer zu. <sup>3</sup>Thema und Tag der Ausgabe sind dem Prüfungsamt mitzuteilen.

(6) <sup>1</sup>Das Thema der Masterarbeit kann auf Antrag und mit Zustimmung der Themenstellerin bzw. des Themenstellers während der Bearbeitungszeit modifiziert werden. <sup>2</sup>Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. <sup>3</sup>Ein neues Thema ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen, zu stellen. <sup>4</sup>Mit der Ausgabe des Themas beginnt die vorgesehene Bearbeitungszeit erneut.

(7) <sup>1</sup>Die Arbeit wird in englischer Sprache abgefasst. <sup>2</sup>Auf Antrag kann die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers die Abfassung der Arbeit in einer anderen Sprache zulassen.

(8) <sup>1</sup>Die Arbeit ist in zwei schriftlichen Exemplaren sowie in maschinenlesbarer, elektronischer Fassung bei der Betreuerin bzw. dem Betreuer einzureichen. <sup>2</sup>Diese bzw. dieser teilt dem Prüfungsamt unverzüglich das Datum der Abgabe mit. <sup>3</sup>Die Arbeit muss mit einer Erklärung versehen sein, dass die bzw. der Studierende sie selbst verfasst hat und keine anderen als die darin angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. <sup>4</sup>Wird die Arbeit nicht fristgerecht abgegeben, so wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(9) <sup>1</sup>Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wirkt darauf hin, dass die Arbeit spätestens innerhalb von sechs Wochen begutachtet ist. <sup>2</sup>Die Arbeit ist angenommen, wenn sie in beiden Gutachten mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. <sup>3</sup>Sie ist abgelehnt, wenn sie in beiden Gutachten mit „nicht ausreichend“ bewertet ist.

(10) <sup>1</sup>Weichen die Bewertungen der beiden Gutachten um nicht mehr als zwei Notenstufen voneinander ab, so ist die Note der Arbeit das arithmetische Mittel der Noten beider Gutachten; dabei wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt. <sup>2</sup>Weichen im Falle von zwei Gutachten die Bewertungen um mehr als

zwei Notenstufen voneinander ab oder bewertet ein Gutachten die Arbeit mit „nicht ausreichend“, bestellt die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Drittgutachterin bzw. einen Drittgutachter; in diesem Fall setzt der Prüfungsausschuss unter Berücksichtigung der eingeholten Gutachten die Note der Masterarbeit gemäß § 19 Abs. 1 fest; § 19 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(11) <sup>1</sup>Ist die Arbeit abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die bzw. der Studierende sorgt dafür, dass sie bzw. er innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntgabe der Ablehnung ein neues Thema für die Wiederholung der Arbeit erhält, anderenfalls gilt die Arbeit als endgültig nicht bestanden. <sup>3</sup>Für die Wiederholung gelten die Abs. 1 bis 8 entsprechend.

### **§ 28 Wiederholung von Prüfungen**

(1) <sup>1</sup>Die nicht bestandenen Prüfungen des Masterstudiums können zweimal und die Masterarbeit einmal wiederholt werden; die Wiederholung ist auf die nicht bestandenen Teilprüfungen und Prüfungsteile (Portfolioprüfung) beschränkt. <sup>2</sup>Die Wiederholung bestandener Prüfungen ist ausgeschlossen. <sup>3</sup>Die Wiederholungsprüfungen müssen zum nächstmöglichen Termin, spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe des vorangegangenen Prüfungsergebnisses, abgelegt werden. <sup>4</sup>Sie sind so durchzuführen, dass bei erfolgreicher Teilnahme das fortlaufende Studium gewährleistet ist. <sup>5</sup>Soweit eine Wiederholung in der Frist des Satz 3 nicht angeboten wird, wird ein anderes Modul angegeben, in dem die Wiederholung ersatzweise stattfindet.

(2) <sup>1</sup>Die Frist zur Wiederholung wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen; erfolgt die Beurlaubung aufgrund eines Auslandssemesters, kann der Prüfungsausschuss im Einverständnis mit der bzw. dem Prüfenden eine Ausnahme vorsehen. <sup>2</sup>Die Studierenden gelten bei Nichtbestehen einer Prüfung zum nächsten Wiederholungsversuch als angemeldet. <sup>3</sup>Bei Versäumung der Wiederholung oder der Wiederholungsfrist gilt die Prüfung als nicht bestanden, sofern der Prüfungsausschuss der bzw. dem Studierenden nicht wegen besonderer, nicht selbst zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt; ein Rücktritt nach § 9 Abs. 3 ist nicht zulässig. <sup>4</sup>Die Regeln über Mutterschutz und Elternzeit (§ 7 Abs. 2) finden entsprechende Anwendung.

(3) <sup>1</sup>Die freiwillige Wiederholung eines bestandenen Leistungsnachweises desselben Moduls ist nicht zulässig. <sup>2</sup>Im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 7 können jedoch zusätzlich zu erfolgreich absolvierten Modulen oder statt nicht bestandener Module andere, alternativ angebotene Module besucht und abgeschlossen werden; die Fehlversuche im vorangegangenen, alternativ angebotenen Modul werden nicht angerechnet. <sup>3</sup>Besteht die bzw. der Studierende zusätzliche Module, legt sie bzw. er selbst fest, welche der Leistungen in die Notenberechnung eingebracht werden soll. <sup>4</sup>Die getroffene Wahl ist dem Prüfungsamt bis spätestens vier Wochen vor Erteilung des Abschlusszeugnisses zu erklären. <sup>5</sup>Die Auswahl wird damit bindend. <sup>6</sup>Wird keine Wahl getroffen, rechnet das Prüfungsamt von den dem gleichen Semester zugeordneten erbrachten Leistungen die bessere an. <sup>7</sup>Die nicht berücksichtigten Leistungen gehen nicht in die Note ein; sie werden aber im Transcript of Records ausgewiesen.

### **§ 29 In-Kraft-Treten**

<sup>1</sup>Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. <sup>2</sup>Sie findet erstmals Anwendung auf Studierende, die das Studium im weiterbildenden Masterstudiengang Human Rights ab dem Wintersemester 2014/15 aufnehmen.



## Anlage 1: Studienverlaufsplan Master Human Rights

Modulbezeichnung	Lehrveranstaltung	SWS				ECTS	1. Sem	2. Sem	3. Sem	Art und Umfang der Prüfung/ Studienleistung
		V	Ü	P	S		ECTS	ECTS	ECTS	
<b>Modul 1:</b> <b>Human Rights Politics</b>	Political Dynamics of Human Rights	2				10	5			Klausur (120 Minuten)
	Empirical Analysis of Human Rights Politics				2		5			
<b>Modul 2:</b> <b>Philosophy of Human Rights</b>	Human Rights – Foundations and Criticisms	2				10	5			Klausur (120 Minuten)
	Universalism and Relativism				2		5			
<b>Modul 3:</b> <b>Human Rights Law</b>	Legal and Institutional Protection of Human Rights	2				10	5			Klausur (120 Minuten)
	Leading Cases of Human Rights Law				2		5			
<b>Modul 4:</b> <b>Non-Discrimination</b>	Interdisciplinary Seminar on Non-Discrimination				2	10		5		Referat (20 Minuten) und Hausarbeit (20 Seiten)
	Non-Discrimination				2 AG <sup>1</sup>			5		
<b>Wahlpflichtbereich (vier Module aus den Modulen 5-12):</b>										
<b>Modul 5:</b> <b>Economic, Social and Cultural Rights</b>	Economic, Social and Cultural Rights				2	5		5		Referat (20 Minuten) und Hausarbeit (20 Seiten)
<b>Modul 6:</b> <b>Human Rights and International Economic Law</b>	Human Rights and International Economic Law				2	5		5		Referat (20 Minuten) und Hausarbeit (20 Seiten)
<b>Modul 7:</b> <b>Freedom of Religion and Belief</b>	Freedom of Religion and Belief				2	5		5		Referat (20 Minuten) und Hausarbeit (20 Seiten)

<b>Modul 8: Gender and Human Rights</b>	Gender and Human Rights				2	5		5		Referat (20 Minuten) und Hausarbeit (20 Seiten)	
<b>Modul 9: International Criminal Law</b>	International Criminal Law				2	5		5		Klausur (90 Minuten)	
<b>Modul 10: Transitional Justice</b>	Transitional Justice				2	5		5		Referat (20 Minuten) und Hausarbeit (20 Seiten)	
<b>Modul 11: Human Rights of Refugees</b>	Human Rights of Refugees				2	5		5		Klausur (90 Minuten)	
<b>Modul 12: Rights of Persons with Disabilities</b>	Rights of Persons with Disabilities				2	5		5		Klausur (90 Minuten)	
<b>Modul 13: Masterarbeit</b>	Masterarbeit						30			30	Masterarbeit (60-80 Seiten)
<b>Summe SWS:</b>		<b>6</b>			<b>18</b>						
<b>Summe ECTS</b>						<b>90</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>30</b>		

<sup>1</sup> AG = Arbeitsgruppen

## Anlage 2: Vergleichbarkeit der englischen Sprachkompetenz

Vergleichbarkeit der englischen Sprachkompetenz mit der Stufe C 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER):

Sprachtestanbieter	C1, GER
<b>UNICert-Stufe<sup>1</sup></b>	UNICert® III
<b>TOEFL<sup>2</sup></b>	90 iBT 233 CBT 577 PBT
<b>IELTS<sup>3</sup></b>	6.5
<b>TOEIC<sup>4</sup></b>	850
<b>Cambridge Zertifikate<sup>5</sup></b>	Cambridge Advanced Certificate (CAE) Business English Certificate (BEC) Higher
<b>LCCI Examinations Board<sup>6</sup></b>	Level 3
<b>TELC<sup>7</sup></b>	TELC English C1 TELC English C1 Business TELC English C1 University

<sup>1</sup> Generell soll in Beratungsgesprächen eher zu UNICert® als zur Ablegung des TOEFL-Tests geraten werden (Fremdsprachenausbildung, akademischer Bezug, kostenlos, verfällt nicht).

<sup>2</sup> Quelle: [www.ets.org/Media/Tests/TOEFL/pdf/TOEFL\\_iBT\\_Score\\_Comparison\\_Tables.pdf](http://www.ets.org/Media/Tests/TOEFL/pdf/TOEFL_iBT_Score_Comparison_Tables.pdf); Hinweis: TOEFL Scores haben eine Gültigkeit von 2 Jahren.

<sup>3</sup> Quelle: [www.britishcouncil.in/ielts/your-ielts-results](http://www.britishcouncil.in/ielts/your-ielts-results); Hinweis: Hinweis: TOEFL Scores haben eine Gültigkeit von 2 Jahren.

<sup>4</sup> Quelle: [www.emse.fr/~bsimon/documents%20p%E9dagogiques/p%E9dagogie/TOEIC%20TOEFL/TOEIC%20et%20CEF.htm](http://www.emse.fr/~bsimon/documents%20p%E9dagogiques/p%E9dagogie/TOEIC%20TOEFL/TOEIC%20et%20CEF.htm).

<sup>5</sup> Cambridge Zertifikate verfallen nicht; Quelle: <http://ihlviv.com/exam-preparation/cambridge-exams/>.

<sup>6</sup> Quelle: [www.lccieb-germany.com/germanhome/Prufungsangebot/documents/2010-11EFB3Infopack.pdf](http://www.lccieb-germany.com/germanhome/Prufungsangebot/documents/2010-11EFB3Infopack.pdf); Anmerkung: Level 2 wird als „B1 / B2“, „Level 3“ als „B2/C1“ definiert; eine klare Zuordnung ist daher nicht möglich.

<sup>7</sup> Quelle: [www.telc.net/unser-angebot/englisch/](http://www.telc.net/unser-angebot/englisch/).

### Anlage 3: Qualifikationsfeststellungsverfahren

(1) <sup>1</sup>Das Qualifikationsfeststellungsverfahren dient der Beurteilung der Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber für den Masterstudiengang. <sup>2</sup>Es soll zeigen, ob die Bewerberinnen und Bewerber die nötigen fachlichen und methodischen Kenntnisse in den Grundlagen des Menschenrechtsschutzes besitzen und zu erwarten ist, dass sie in einem stärker forschungsorientierten Studium selbständig zu arbeiten verstehen.

(2) <sup>1</sup>Das Verfahren zur Feststellung der Qualifikation wird einmal pro Jahr vor Beginn der allgemeinen Vorlesungszeit zum Wintersemester durchgeführt. <sup>2</sup>Die Anträge auf Zugang zum Qualifikationsfeststellungsverfahren sind bis zum 30. Juni eines jeden Jahres zum nachfolgenden Wintersemester am Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik zu stellen (Ausschlussfrist). <sup>3</sup>Die Bewerbungsfrist nach Satz 2 kann verlängert werden. <sup>4</sup>Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Nachweis über einen Hochschulabschluss bzw. einen sonstigen gleichwertigen in oder ausländischen Abschluss gemäß § 6 Nr. 1 (Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records oder vergleichbare Dokumente),
2. ein Nachweis über eine mindestens einjährige i. S. d. § 6 Nr. 1 einschlägige qualifizierte berufspraktische Erfahrung oder eine gleichwertige Tätigkeit in einer maßgeblichen Funktion einer menschenrechtlich ausgerichteten Organisation sowie eine Tätigkeitsbeschreibung oder Arbeitsprobe und
3. ein Nachweis von Englischkenntnissen auf dem Niveau der Stufe C 1 des europäischen Referenzrahmens oder ein Nachweis vergleichbarer Kenntnisse der englischen Sprache gemäß § 6 Nr. 3.

(3) <sup>1</sup>Die Feststellung der Qualifikation obliegt gemäß § 11 der Zugangskommission. <sup>2</sup>Die Zugangskommission kann die Koordination und Durchführung des Verfahrens einzelnen von ihr beauftragten Mitgliedern übertragen, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(4) <sup>1</sup>Der Zugang zum Feststellungsverfahren setzt voraus, dass die in Abs. 2 Satz 4 genannten Unterlagen fristgerecht und vollständig vorliegen. <sup>2</sup>Mit den Bewerberinnen und Bewerbern, die die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, wird das Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß Abs. 5 und 6 durchgeführt. <sup>3</sup>Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden, erhalten einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Ablehnungsbescheid.

(5) <sup>1</sup>In der ersten Stufe des Qualifikationsfeststellungsverfahrens beurteilt die Zugangskommission anhand der schriftlichen Antragsunterlagen, ob eine Bewerberin bzw. ein Bewerber die Qualifikation zum Masterstudium gemäß Abs. 1 besitzt. <sup>2</sup>Dazu werden die schriftlichen Unterlagen zunächst von der Zugangskommission gesichtet und in ihrer Gesamtheit selbständig nach folgenden Kriterien mit den nachstehenden maximal zu vergebenen Punkten bewertet:

1. Qualität des ersten Hochschulabschlusses anhand des Notendurchschnitts des Zeugnisses (max. 50 Punkte),
2. Qualität der i. S. d. § 6 Nr. 1 einschlägigen qualifizierten berufspraktischen Erfahrung sowie im Falle des § 6 Nr. 2 Alt. 2 Qualität der gleichwertigen Tätigkeit (insbesondere anhand von deren Dauer und Bezug zum Bereich Menschenrechtsschutz) (max. 50 Punkte).

<sup>3</sup>Die Zugangskommission kann insgesamt 100 Punkte vergeben. <sup>4</sup>Die Gesamtpunktzahl ergibt sich aus der Addition der in den einzelnen Kriterien vergebenen Punkte. <sup>5</sup>Bewerberinnen und Bewerber, die 70 Punkte erreicht haben, erhalten eine Bestätigung über die bestandene Qualifikationsfeststellung, ungeeignete Bewerberinnen und Bewerber

mit weniger als 50 Punkten erhalten einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen ablehnenden Bescheid.

(6) <sup>1</sup>In der zweiten Stufe des Qualifikationsfeststellungsverfahrens wird die Qualifikation der übrigen Bewerberinnen und Bewerber, die im Bereich von 50 bis 69 Punkten liegen, im Rahmen eines Auswahlgesprächs beurteilt. <sup>2</sup>Hier können maximal 20 Punkte vergeben werden, die sich wie folgt verteilen:

1. Fachkompetenz (insbesondere Qualität der grundlegenden Kenntnisse über und Verständnis für den Menschenrechtsschutz) (max. 10 Punkte),
2. Lern- oder Methodenkompetenz (insbesondere kritische Analyse- und Problemlösungsfähigkeit im Bereich des Menschenrechtsschutzes und Auffassungsfähigkeit) (max. 10 Punkte).

(7) <sup>1</sup>Findet ein Auswahlgespräch statt, wird der Termin mindestens eine Woche vorher bekannt gegeben. <sup>2</sup>Ist die Bewerberin bzw. der Bewerber aus von ihr bzw. ihm nicht zu vertretenden Gründen an der Teilnahme am Auswahlgespräch verhindert, so kann auf begründeten Antrag ein Nachtermin bis spätestens zwei Wochen vor Vorlesungsbeginn anberaumt werden. <sup>3</sup>Das Auswahlgespräch ist für jede Bewerberin bzw. jeden Bewerber einzeln durchzuführen und dauert ca. 20 Minuten. <sup>4</sup>Das Auswahlgespräch kann bei Bewerberinnen bzw. Bewerbern, für die eine Prüfung am Studienort nur mit erheblichem Aufwand realisierbar ist, mit deren Einverständnis bildtelefonisch durchgeführt werden. <sup>5</sup>Es wird von mindestens einem Mitglied der Zugangskommission in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers durchgeführt. <sup>6</sup>Soweit das Auswahlgespräch von mehreren Mitgliedern der Zugangskommission geführt wird, vergibt jedes der Mitglieder auf das Ergebnis maximal 20 Punkte; die Punktzahl des Auswahlgesprächs ergibt sich gegebenenfalls aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen, wobei sich aus der Berechnung ergebende Nachkommastellen aufgerundet werden.

(8) <sup>1</sup>Die Gesamtpunktzahl der Bewerberin bzw. des Bewerbers ergibt sich aus der Summe der Punktzahlen nach Abs. 5 und 6. <sup>2</sup>Bewerberinnen und Bewerber, die 70 oder mehr Punkte erreicht haben, werden als qualifiziert eingestuft.

(9) <sup>1</sup>Das Ergebnis des Qualifikationsfeststellungsverfahrens wird den Bewerberinnen und Bewerbern schriftlich mitgeteilt. <sup>2</sup>Ein Ablehnungsbescheid ist mit Gründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(10) Die Bewerberin bzw. der Bewerber trägt die eigenen Kosten des Qualifikationsfeststellungsverfahrens selbst.

(11) <sup>1</sup>Über die Art und den Ablauf des Qualifikationsfeststellungsverfahrens in der ersten und in der zweiten Stufe ist eine Dokumentation anzufertigen, aus der Tag, Dauer und Ort der Feststellung, die Namen der Zugangskommissionsmitglieder, die Namen der Bewerberin bzw. des Bewerbers und die Beurteilung der Kommissionsmitglieder sowie das Gesamtergebnis ersichtlich sein müssen. <sup>2</sup>Aus der Dokumentation müssen die wesentlichen Gründe für die Entscheidung ersichtlich sein.

(12) <sup>1</sup>Die Bewerberin bzw. der Bewerber kann bis zu einer Entscheidung über das Bestehen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens von diesem ohne Angabe von Gründen zurücktreten. <sup>2</sup>Der Rücktritt ist schriftlich gegenüber der Zugangskommission zu erklären.

(13) <sup>1</sup>Im Qualifikationsfeststellungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger

andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die bzw. der Vorsitzende der Zugangskommission gestattet, den Nachteil durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens auszugleichen.

(14) Bewerberinnen und Bewerber, die den Nachweis der Qualifikation für das Masterstudium nicht erbracht haben, können einmal erneut die Teilnahme am Feststellungsverfahren beantragen.

(15) Die Bestätigung über die bestandene Qualifikation gilt für den Zugang in den nächsten beiden Terminen.

## Anlage 4: Sondereignungsfeststellungsprüfung

(1) <sup>1</sup>Die Sondereignungsfeststellungsprüfung (SEFP) soll zeigen, ob die Bewerberinnen und Bewerber das zusätzlich zum ersten Hochschulabschluss (Basisniveau 180 ECTS-Punkte) erforderliche Eingangs- bzw. Qualifikationsniveau für den Masterstudiengang „Human Rights“ von insgesamt 210 ECTS-Punkten erreicht haben. <sup>2</sup>In der Regel wird die Sondereignungsfeststellungsprüfung gleichzeitig mit dem Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß der **Anlage 3** durchgeführt.

(2) <sup>1</sup>Im Rahmen der SEFP findet eine Feststellung der außerhochschulisch erworbenen, masterstudiengangsspezifischen Kompetenzen im Umfang von 30 ECTS-Punkten anhand einer mündlichen Prüfung von 40 Minuten statt. <sup>2</sup>Die Prüfung kann bei Bewerberinnen und Bewerbern, für die eine Prüfung am Studienort nur mit erheblichem Aufwand realisierbar ist, mit deren Einverständnis bildtelefonisch durchgeführt werden. <sup>3</sup>Sie erstreckt sich mit folgender Gewichtung im Rahmen der Bewertung auf die Bereiche Fachkompetenz (1/3), Methodenkompetenz (1/3), Selbstkompetenz (1/6) und Sozialkompetenz (1/6). <sup>4</sup>Die Bewerberin bzw. der Bewerber bereitet die mündliche Prüfung anhand eines vom Studiengang zur Verfügung gestellten Templates in Bezug auf die Kompetenzbereiche vor und fügt entsprechende Nachweise bei. <sup>5</sup>Der Grad der Kompetenzerfüllung kann nachgewiesen werden durch:

- a) bisherige Berufserfahrung, insbesondere im Bereich Menschenrechtsschutz,
- b) das Vorliegen internationaler berufspraktischer Erfahrung, insbesondere im Bereich Menschenrechtsschutz, Friedens- und Entwicklungsarbeit, interkultureller Austausch, Bildungsarbeit,
- c) bisherige Weiterbildungsaktivitäten und Zusatzprüfungen in der sozialen und politischen Bildungsarbeit,
- d) Beurteilungen im Beruf, Empfehlungsschreiben, Evaluationsbögen durch den Arbeitgeber,
- e) Zeugnisse, Zertifikate,
- f) sonstige Nachweise.

<sup>6</sup>Die Dokumente sind mit der Bewerbung zum Studiengang entsprechend Abs. 2 der **Anlage 3** einzureichen.

(3) <sup>1</sup>In der mündlichen Prüfung werden zur Vorqualifikation korrespondierende Fragen zu den von der Bewerberin bzw. dem Bewerber zum Kompetenzerwerb vorgelegten Nachweisen in den in Satz 2 genannten Kompetenzbereichen gestellt. <sup>2</sup>In den einzelnen Kompetenzbereichen werden insbesondere folgende Fähigkeiten überprüft:

1. Fachkompetenz: grundlegende Kenntnisse über das internationale Menschenrechtssystem, Erkennen von und praktische Erfahrungen im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen, Analyse und Kritik des Menschenrechtsschutzsystems.
2. Methodenkompetenz: Analyse- und Problemlösungsfähigkeit, Auffassungsfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit, Ganzheitliches Denken, Fähigkeit zur kritischen Reflexion politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge.
3. Selbstkompetenz: Kritikfähigkeit, Selbstständigkeit, Zielstrebigkeit/Ergebnisorientiertheit.
4. Sozialkompetenz: Interkulturelle Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, Konfliktlösungskompetenz, Teamfähigkeit.

(4) <sup>1</sup>Die Zugangskommission bewertet jede Fähigkeit in einer fünfstufigen Skalierung in Abhängigkeit der erreichten Niveaustufe, dargestellt durch Prozentpunkte.

<sup>2</sup>Die Einstufung erfolgt in:

1. keine Kompetenzen vorhanden = 0 %,
2. geringe Kompetenzen vorhanden = bis einschließlich 25 %,
3. durchschnittliche Kompetenzen vorhanden = bis einschließlich 50 %,
4. überdurchschnittliche Kompetenzen vorhanden = bis einschließlich 75 %,
5. exzellente Kompetenzen vorhanden = bis einschließlich 100 %.

<sup>3</sup>Ergibt der Durchschnitt aller bewerteten Fähigkeiten in den einzelnen Kompetenzbereichen mindestens 60 %, ist die SEFP bestanden.